

Pressemitteilung



Jens Schultz
Fraktionsgeschäftsführer
Bergedorfer Str. 131
21029 Hamburg

Telefon: 040 25491224
FAX: 040 25491236
E-Mail: jens.schultz@dielinke-bergedorf.de
Internet: www.linksfraktion-bergedorf.de

Bergedorf, 24.07.2011

Gutachten bestätigt Position der LINKEN zu Ein-Euro-Jobs!

Das Gutachten des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für die Sozialbehörde bestätigt die politische und fachliche Bewertung der Ein-Euro-Jobs der Bergedorfer LINKEN.

DIE LINKE hat in der Bezirksversammlung immer wieder darauf hin gewiesen, dass Ein-Euro-Jobs eine Sackgasse der rot-grünen Sozialpolitik sind. Schlimmer noch: das Gutachten bestätigt, dass sie sogar nachteilig für die Betroffenen sein können. Trotzdem wurde auch in Bergedorf ein Teil der sozialpolitischen Infrastruktur auf dem Instrument der Ein-Euro-Jobs aufgebaut. Das Fehlen einer nachhaltigen und krisenfesten Struktur in den Bereichen, die auf „Arbeitsgelegenheiten“ (AGH) aufgebaut wurden, rächt sich jetzt. Die Angebote der unterfinanzierten Bürgerhäuser, Grünarbeiten im öffentlichen Raum, Quartiersentwicklungsprojekte sind akut gefährdet.

Dazu sagt Stephan Jersch, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Bezirksversammlung: *„Das Wehklagen über die angebliche Ungerechtigkeit des Senats sollte endlich ersetzt werden durch eine konzertierte Aktion, mit der auch im Bezirk die Abkehr von diesem sinnlosen Instrument einer verpfuschten Sozialpolitik besiegelt wird. Wir brauchen gerade jetzt einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit der geleisteten Arbeiten, aber das muss auch heißen: Guter Lohn für Gute Arbeit! – Und zwar sozialversicherungspflichtig“.*

DIE LINKE. Bergedorf fordert für die betroffenen Beschäftigungsträger eine Regelung, die einen geordneten Ausstieg aus den „Arbeitsgelegenheiten“ ermöglicht. Deshalb lehnen wir auch Hau-Ruck-Methoden bei der Abschaffung der Ein-Euro-Jobs ab. Weiterhin ist eine Bestandsaufnahme aller bezirklichen Konzepte notwendig, in denen die Nutzung von AGHs direkt oder indirekt vorgesehen sind, z.B. RISE Lohbrügge-Ost. *„Nur wenn wir jetzt endlich ein Gesamtbild erhalten können wir daraus versuchen, effektive Maßnahmen zur Aufrechterhaltung bezirklicher Angebote zu entwickeln.“* so Stephan Jersch.